

ÖNZ- Friedenspreisverleihung 2015 und Podiumsdiskussion: „Sexualisierte Gewalt in Zeiten der politischen Krise in der DR Kongo“

am 1. Dezember 2015 in der in der katholischen Akademie Hotel Aquino

Die diesjährigen ÖNZ-PreisträgerInnen, Abia Tamwasi und Murhabazi Namegabe aus der DR Kongo, zeichnen sich durch ihre Arbeit und ihr Engagement mit Opfern und Betroffenen sexualisierter Gewalt aus. Abia Tamwasi versorgt mit ihrer Organisation UTUKA Opfer und Betroffene sexualisierter Gewalt nicht nur medizinisch, sondern in einem ganzheitlichen Ansatz und bemüht sich, diese Frauen, Männer und Kinder wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Gleichzeitig arbeitet die gelernte Krankenschwester als psychologische Beraterin im Psychiatrischen Zentrum CEPIMA in Butembo/Nord-Kivu. Murhabazi Namegabe und seine in Bukavu/Süd-Kivu ansässige Organisation BVES verhandeln mit Anführern von staatlicher Armee und diversen Milizen, um Kindersoldaten zu befreien und diese – genauso wie Straßen-, Waisen- und sonstig benachteiligte Kinder oder Opfer (sexualisierter) Gewalt – medizinisch als auch psychosozial zu betreuen und sowohl eine Ausbildung als auch – wenn möglich – die Rückkehr in ihre Familien zu ermöglichen.

Bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Sexualisierte Gewalt in Zeiten der politischen Krise in der DR Kongo“ diskutierten die Panelisten gemeinsam mit den FriedenspreisträgerInnen über Fortschritte, Herausforderungen und Forderungen sowie über die Resolution 1325.

Im konfliktreichen Osten der DR Kongo kommt es fast täglich zu sexuellen Übergriffen – sexualisierte Gewalt wird häufig als Kriegswaffe eingesetzt. Frauen und Kinder, aber auch Männer werden dabei zu Opfern dieser Gräueltaten. Murhabazi Namegabe sieht dennoch auch Fortschritte: Es werden weniger Jungen und Männer Opfer sexualisierter Gewalt und generell sei ein Rückgang der Gewalt zu verzeichnen. Die beiden PreisträgerInnen sind sich in dieser Sache jedoch nicht einig – Abia Tamwasis Erfahrungen zufolge, gibt es keinen Rückgang von Fällen sexualisierter Gewalt. Namegabe möchte in dieser Hinsicht vor allem zeigen, dass und inwieweit es möglich ist, mit verantwortlichen Generälen der staatlichen Armee FARDC zusammenzuarbeiten, um die Situation punktuell zu verbessern sowie bestehende Gesetzgebungen bekannt zu machen und anzuwenden. Auch die UN-Blauhelmtruppe MONUSCO habe einiges getan im Hinblick auf sexualisierte Gewalt. Das bestätigt auch Anna van Gall vom Frauensicherheitsrat: Es wurden Zentren errichtet, in denen rechtliche und psychosoziale Hilfsangebote geleistet werden. Dennoch gebe es auch aus Reihen der MONUSCO sexuelle Übergriffe, allein 15 im Jahr 2015. Das sei für eine Mission, die die Resolution 1325 umsetzen soll, nicht haltbar.

Trotz dieser Fortschritte gibt es jede Menge Herausforderungen und Probleme. So sind sich alle TeilnehmerInnen einig, dass die herrschende Straflosigkeit und die fehlende Justiz ein großes Problem sind. Täter werden nicht zur Rechenschaft gezogen oder ohne Prozess

wieder frei gelassen, so Tamwasi. Auf der anderen Seite mangelt es laut Tamwasi aber auch an Informationen und Ausbildung; Bürgerinnen und Bürger wissen nicht über die Gesetze Bescheid und können daher ihre Rechte nicht einfordern. Ein neu aufkommendes Phänomen in der DR Kongo sei der enorme Anstieg psychischer Probleme, so die Preisträgerin. Diese rühren von den jahrzehntelang anhaltenden Konflikten im Osten der DR Kongo. Traumatisierende Erlebnisse bei Opfern und Betroffenen sowie bei Tätern führen oftmals zu Langzeitschäden. Gleichzeitig gibt es einen großen Mangel an Hilfsangeboten für Menschen mit psychischen Beschwerden sowie Stigmatisierung seitens der Bevölkerung. Die Preisträgerin und der Preisträger sind sich einig, dass oftmals die finanziellen Mittel fehlen, um Opfern zu helfen und Projekte zu realisieren.

Beide PreisträgerInnen forderten Deutschland und die EU auf, ein stärkeres Engagement zur Stärkung des Friedensprozesses in der Region der Großen Seen zu zeigen. Zum einen auf politischer Ebene durch mehr politischen Druck auf die kongolesische Regierung, um den Sicherheitssektor und Justizreformen voranzutreiben, aber auch auf lokaler Ebene durch finanzielle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Wichtig sei dabei auch, dass die Nachbarstaaten in einen nachhaltigen Friedensdialog treten und Eigeninteressen in den Hintergrund rücken.

Zudem kann ein Erfahrungsaustausch zwischen Menschenrechtsorganisationen von Nutzen sein, um die Arbeit fortzuführen und bekannter zu machen. Namegabe fordert, dass ein Austausch mit hohen Offizieren stattfinden muss, um Reformen im Sicherheitssektor zu erwirken.

Die vertretenen deutschen Panelisten ergänzten diese Forderungen seitens der PreisträgerInnen um Möglichkeiten, die Deutschland hat um sich einzubringen. Thomas Rohland vom Auswärtigen Amt betonte, dass es bereits eine große Unterstützung der kongolesischen Zivilgesellschaft seitens der Bundesrepublik gebe. Es sei verfrüht, Schlussfolgerungen zum deutschen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325, welcher 2016 ausläuft und zu dem momentan ein Umsetzungsbericht verfasst werde, zu ziehen, so Rohland. Karin Döhne von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst ist der Ansicht, dass Deutschland seine Außenpolitik überdenken müsse und die primär wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen zurückstellen und stattdessen Menschenrechte in den Vordergrund stellen müsse.

Protokoll: Milena Fusaro